



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 1999 ist er Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungswirtschaft.

MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG

Von direkten zu indirekten Steuern – aber von indirekter zu direkter Hilfe!

Nun hat die Mehrwertsteuerdebatte Deutschland mit voller Wucht erfasst. Und das ist gut so. Denn endlich wird über eine Mehrwertsteuererhöhung nicht mehr isoliert diskutiert. Sie wird als Teil eines komplizierten Steuermechanismus verstanden. Wer da nur an einem Schraubchen dreht, bringt das ganze Räderwerk aus dem Gleichgewicht. Da ist es klüger, das Steuersystem von Grund auf zu sanieren. Und die Perspektive auf klare politische Mehrheiten bietet Deutschland eine schon fast historisch zu bezeichnende Chance, eine Steuerreform aus einem Guss umzusetzen. Die folgenden Grundsätze könnten dabei die Leitlinien bilden:

Steuern haben zwei Ziele: Sie sollen dem Staat das Geld geben, um seine öffentlichen Leistungen bezahlen zu können. Und sie sind da, um Geld von reich zu arm um zu verteilen. Soweit möglich müsste bei der Finanzierung der Staatsaufgaben gelten, wer profitiert, bezahlt.

Pay per use heisst die Devise im Zeitalter der Telekommunikation, der Mautgebühren und der kleinen Mikro-Chips, mit denen sich überall und jederzeit die Nutzung öffentlicher Leistungen vom Konto abbuchen lassen. Für öffentliche Leistungen, die nicht so genau den tatsächlichen Nutzern zugemessen werden können, bleibt nichts anderes als eine für alle gleich hohe Pro-Kopf-Umlage. Das gilt für die Bundeswehr, die Polizei, die Justiz, die Regierung und Verwaltung und einiges weiteres mehr. Hier liegt die Grundlage für die Erhebung direkter Steuern.

Direkte Steuern sollten also zunächst einmal als Pro-Kopf-Steuern verstanden werden. Unabhängig davon, woher die Einzelnen das Geld haben, müssen sie einen jährlichen Pro-Kopf-Betrag leisten als ihren Beitrag zur Finanzierung der nicht direkt zurechenbaren öffentlichen Leistungen. An der Stelle beginnen die Gerechtigkeitsargumente. Ein Pay per use-System ergänzt um Pro-Kopf-Steuern ist sozial blind und behandelt die Armen genauso wie die Reichen. Das ist für alle Gesellschaften störend. Also wird nach einem fairen Robin-Hood-Mechanismus gesucht. Eine Möglichkeit wäre eine Vermögenssteuer, die den Reichen etwas nimmt, um es den Armen zu geben. Eine andere Möglichkeit belastet die Leistungsfähigeren stärker als die Schwächeren. Wie wird Vermögen bewertet, wie wird ökonomische Leistungsfähigkeit gemessen? Das sind nicht einfache, aber letztlich doch eher technische Fragen. Gehen wir einmal davon aus, es ist möglich, Vermögen zu bewerten und die ökonomische Leistungsfähigkeit zu messen. Dann ist die Erhebung einer direkten Pro-Kopf-Steuer eine einfache Sache. Wer weniger verdient, oder ärmer ist erhält einen Beitrag, der von den Besserverdienenden oder Reicherem zu leisten ist. Das ist die Grundidee der negativen Einkommenssteuer oder der Grundversicherungsmodelle.

Nun ist das wahre Leben leider komplizierter. Besserverdienende oder Vermögendere haben die Möglichkeit in Deutschland zu arbeiten und zu verdienen, aber andernorts ihre Einkommen zu versteuern.

ern. Denn schließlich wollen alle Staaten möglichst viele Zahler und möglichst wenige Empfänger haben. Also beginnt ein Sozialtourismus. Vermögende ziehen in Steueroasen, Ärmere suchen in den Wohlstandsinseln Zuflucht. Wer Einkommen bei der Entstehung stärker besteuert als die Nachbarn, wird Steuerflucht oder Steuerhinterziehung provozieren.

In einer Welt in der sich die Quelle der Einkommensentstehung nur noch schwer nachweisen lässt, in der die Menschen rasch von A nach B wandern können, ist es einfacher, die Einkommensverwendung zu besteuern.

Denn auch im Zeitalter der Globalisierung wird noch immer weitaus der größte Teil der Konsumausgaben im Inland getätigt. An der Stelle kommen die indirekten Steuern – darunter die Mehrwertsteuer – ins Spiel. Sie erlauben dem Staat auf eine einfache, vergleichsweise schwieriger zu hinterziehende Weise, die Massen der Menschen zu besteuern und so zu seinem Geld zu kommen. Natürlich ist die Mehrwertsteuer genau so blind, wie die direkte Steuer. Sie besteuert, wer konsumiert. Die Mehrwertsteuer wirkt regressiv. Sie trifft alle gleich und nimmt keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Betroffenen. Und weil Ärmere einen relativ größeren Teil ihres Einkommens zum Kauf von Gütern des täglichen Verbrauchs ausgeben müssen als gut Verdienende oder Reiche, ist die Mehrwertsteuer so ungerecht. Die 16% Mehrwertsteuer auf Babywindeln sind für die Professorenfamilie kaum spürbar. Für die alleinerziehende, arbeitslose Mutter sind sie eine zusätzliche Last. Also beginnt der Staat einzelne Konsumgüter von der Mehrwertsteuer teils oder vollständig zu befreien. Mieten, Dienstleistungen von Ärzten und Krankenhäusern, Ausgaben für Theater-, Konzert- und Museumsbesuche sind Mehrwertsteuer frei. Für Nahrungsmittel, Personennahverkehr, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und nicht in Flaschen verkauftes Wasser gilt ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 7%. So gut so recht. Was aber gut gemeint ist, muss

noch nicht gut gemacht sein. Wie oft wohl die alleinerziehende, arbeitslose Mutter im Stadttheater oder bei den Bayreuther Festspielen in der Loge sitzt? Ob wohl Katzenfutter wirklich ein zu subventioniertes Nahrungsmittel ist? Sollen wirklich alle Freizeit-, Computer- und Regenbogen-Zeitschriften steuerlich begünstigt werden? Von der Befreiung oder dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz profitiert die Professorenfamilie eben genauso wie die alleinerziehende arbeitslose Mutter. Wäre es da nicht besser, alle den vollen Mehrwertsteuersatz entrichten zu lassen und dafür den sozial Schwächeren als Kompensation direkt mehr Geld in Form höherer Transferzahlungen zu geben oder höhere Steuerfreibeträge pro Kopf der Familie festzuschreiben? Dann könnten sich alle selber lieb sein, wofür genau sie ihr Geld ausgeben.

Daraus folgt eines klar: die Mehrwertsteuer ist ein denkbar schlechtes, ungenaues und damit auch unsoziales Instrument, um Gerechtigkeitsziele zu erreichen. Die Mehrwertsteuer dient dazu, die Staatskassen zu füllen.

Wer die Gerechtigkeit im Auge hat, soll der alleinerziehenden Mutter direkt helfen. Er soll das Arbeitslosengeld anheben, für qualitativ gute und trotzdem billige Kindertagesstätten sorgen, den Arbeitsmarkt flexibilisieren, so dass viele Menschen möglichst rasch eine Beschäftigung finden.

Eine Mehrwertsteuererhöhung um 4-5 Prozentpunkte würde erlauben, die direkte Einkommenssteuern zu senken.

Noch einmal: der sozialen Ausgewogenheit wegen spricht nichts dagegen, die direkten Transfers an die Ärmsten zu erhöhen und die Steuerfreistellungsbeträge nach oben zu setzen. Die Verschiebung von der direkten zur indirekten Steuererhebung ist kein Nullsummenspiel. Der erhöhte Mehrwertsteuersatz kann sofort angewendet werden. Die Anhebung verlangt keinen bürokratischen Zusatzaufwand. Vollzug und

Erhebung sind relativ einfach zu handhaben und relativ schwer zu umgehen. Die Mehrwertsteuererhöhung hat keinen Einfluss auf die Exportpreise. Sie wird auch von allen Touristen mitgetragen.

Vor allem aber wird es für viele Deutsche und vielleicht sogar auch für den einen oder anderen Ausländer wieder attraktiver werden, den Steuersitz in Deutschland zu haben.

Wenn im Osten Deutschlands vor der eigenen Haustür und im selben europäischen Binnenmarkt einzelne Länder die direkten Steuersätze senken und beispielsweise Gewinne überhaupt nicht mehr oder nur sehr gering besteuert werden, bleibt Deutschland früher oder später gar nichts anderes als ein Nachziehen übrig.

Die Devise für ein neues, einfaches, transparentes, gerechtes Steuermodell für Deutschland muss also heißen hoch mit den Mehrwertsteuersätzen, runter mit den direkten Steuersätzen, weg mit den indirekten Hilfen, Subventionen und Privilegien dafür hin zu direkten Unterstützungszahlungen an all jene, die wirklich Hilfe nötig haben.

Weitere HWWI-Standpunkte „Neuwahlen“ und „European Constitution“ im Internet unter: www.hwwi.org/publikationen/hwwi-standpunkt.htm